Fachkräftemangel: Der Staat schnappt der Privatwirtschaft qualifiziertes Personal weg

Unerwarteter Gegner im Kampf um Talente

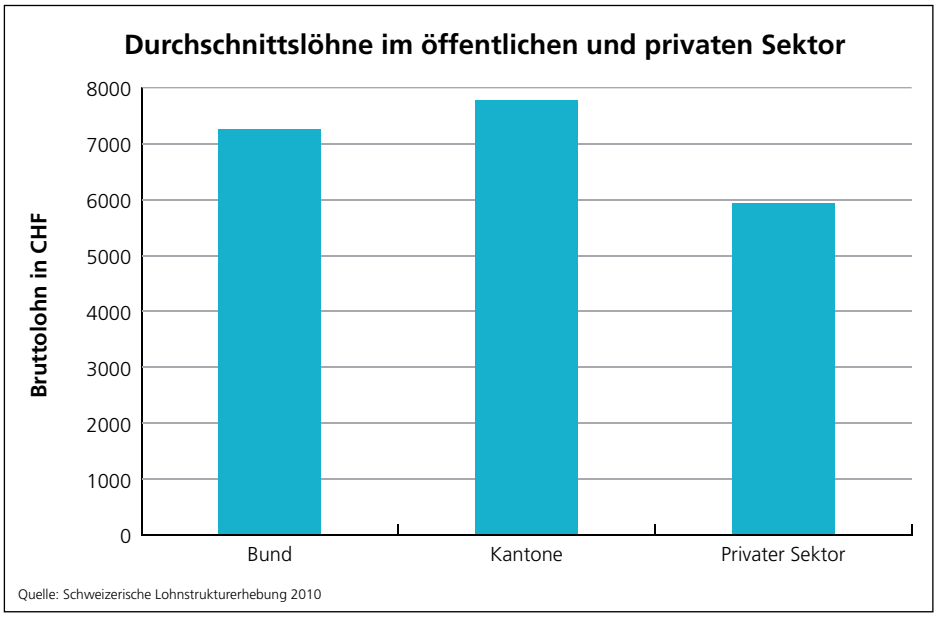
Robert Stadler
Leiter Kommunikation / Stv. Direktor IHK

Die richtigen Fachleute zu finden, ist nicht einfach. Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wird sich dies weiter akzentuieren. Gleichzeitig verschärft die öffentliche Hand den Fachkräftemangel zusätzlich, indem sie der Privatwirtschaft mit deutlich höheren Löhnen das qualifizierte Personal ausspannt. Denn der Staat, die Jobmaschine Nummer 1, braucht neue Arbeitskräfte – und schafft jeden Monat über 500 neue Stellen.

Seit Jahren wird die Schwierigkeit beklagt, die passenden Fachkräfte rekrutieren zu können. Entsprechend wichtig ist die Personenfreizügigkeit mit der EU, dank der die grössten Lücken relativ einfach gedeckt werden konnten. Mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative ist dieses Erfolgsmodell in Frage gestellt. Eines ist sicher: Die Suche nach qualifiziertem Personal wird sich weiter verschärfen. Der Staat bietet keine grosse Hilfe – im Gegenteil: Gemäss einer Umfrage der «Schweiz am Sonntag» ist der Staat die Job-Maschine schlechthin: Zählt man die neu geschaffenen Verwaltungsstellen von Bund, Kantonen und Gemeinden (ohne Lehrer oder Ärzte) zusammen, entstanden zwischen 2009 und 2013 über 500 neue Beamtenstellen – pro Monat wohlverstanden. Selbst der ehemalige SP-Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm erachtet diese Entwicklung als «alles andere als produktivitätsfördernd».

Staat zahlt höhere Löhne

Diese Mitarbeitenden müssen aber zuerst gefunden werden. Auch staatliche und halbstaatliche Arbeitgeber haben mit dem Phänomen des Fachkräftemangels zu kämpfen. In der Politik ist deshalb oft der Ruf nach höheren Löhnen im Staatsdienst zu vernehmen, um die zusätzlichen Stellen überhaupt besetzen zu können. Eine Forderung, die längst erfüllt ist. Gegen eine faire und marktgerechte Entlöhnung ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Realität ist aber gemäss der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung, dass die Klischeevorstellung von der sicheren, dafür schlecht bezahlten Staatsstelle nicht stimmt – zumindest was den zweiten Teil betrifft. Mitarbeitende der Kantone und des Bundes verdienen deutlich mehr als vergleichbar qualifizierte Angestellte der privaten Wirtschaft – egal ob hoch oder gering qualifiziert, egal ob Mann oder Frau.

Effizienz statt Personal steigern

Mit diesen hohen, letztlich vom Steuerzahler berappten Löhnen befeuert die öffentliche Hand den Kampf um die Talente zusätzlich zuungunsten der Privatwirtschaft. Statt Stellen in Bereichen mit hoher Wertschöpfung zu schaffen, werden die Beamtenstuben ausgebaut. Eine Umverteilung der besonders unerfreulichen Art. Nicht nur in Zeiten von Entlastungspaketen sollte sich der Staat Gedanken machen, wie er allfällige Mehraufgaben mit effizienteren und zeitgemässeren Arbeitsabläufen statt mit Personalaufstockung wettmachen könnte. Denn die privaten Dienstleistungsunternehmen beweisen auch immer wieder, dass es Potenzial zur Effizienzsteigerung gibt. Man muss nur wollen.